PRESSEINFORMATION

CDU FRAKTION IM LANDTAG RHEINLAND-PFALZ

Christian Baldauf, MdL
Vorsitzender der CDU-Fraktion
im Landtag von Rheinland-Pfalz

Redebeitrag zur Plenarsitzung zu Tagesordnungspunkt 2
22. Plenarsitzung, Mittwoch, 11. Mai 2022

Rede zur Aktuellen Debatte
„Für Frieden und Freiheit – Rheinland-Pfalz
partnerschaftlich verbunden in Europa und in der Welt“

Unkorrigiertes Redemanuskript

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: Redebeginn

11.05.2022

Anrede,

mit dem 8. und dem 9. Mai liegen im Kalender zwei Gedenktage, die wir in diesem Jahr anders als sonst erlebten.

Am vergangenen Sonntag – die Erinnerung an das Ende des 2. Weltkrieges. Und vorgestern der Europatag – den wir als Geburtsstunde der Europäischen Idee feiern, mit der Rede Robert Schumanns 1950.

An diesen Gedenktagen vertrauten wir die vergangenen Jahre darauf, dass das europäische Haus, gebaut aus dem Willen zu Frieden und Versöhnung, nie wieder einen solchen Albtraum erlebt, nie wieder Nachbarn in Schützengräben liegen.

Dass der europäische Frieden in Gefahr geraten könnte, hatten wir so nicht auf dem Schirm. Wie selbstverständlich haben wir mit Europa Frieden und Freiheit, wirtschaftlichen Wohlstand, Freihandel, Partnerschaft, Reisefreiheit verbunden.

Doch dann das Unvorstellbare, unmittelbar an den Grenzen von Nato und Europäischer Union.
Der russische Vernichtungskrieg gegen die Ukraine. Bomben, Panzer, Kriegsverbrechen, Hinrichtungen von Zivilisten auf offener Straße. Tote Soldaten, verzweifelte Mütter, Kinder auf der Flucht, Massengräber, Vergewaltigungen, Hunger, barbarische Verwüstungen. Worte – die für unglaubliche Grausamkeit stehen.

Anrede,

Putin zerstört die Grundlagen der europäischen Friedensordnung, er tritt Rechtsstaatlichkeit und Werte mit den Füßen.

Der Krieg macht deutlich, wie schnell Ordnungen, Sicherheiten, Märkte, Energiestrategien wegbrechen können. Und jedem ist inzwischen klar: Eine Rückkehr zum politischen Vorkriegsstatus wird es so schnell nicht geben.

Anrede,

der ein oder andere von uns hat – auch hier im Plenum – schon in Reden den Satz gesagt:
„Wer sich kennt und miteinander spricht, der schießt nicht aufeinander."

Anrede,

diese Worte haben plötzlich für uns eine völlig neue Bedeutung erlangt. Nie war es wichtiger, für Frieden einzutreten, für Europa zu begeistern, für den inneren Zusammenhalt der Gemeinschaft. Aber genauso ist uns bewusstgeworden:

Wer Frieden erhalten will, der muss sich auch verteidigen können! Wir brauchen einen wehrhaften Staat, Wir müssen unsere Demokratie schützen!

Anrede,

wenn ich im Februar, im März, manchmal abends am Hambacher Schloss vorbeigefahren bin, leuchteten die Mauern in Blau-Gelb. Als Zeichen der Solidarität mit der Ukraine, aber auch als Zeichen europäischer Solidarität.

Anrede,

jetzt gilt es, diese Werte hochzuhalten. Demokratie und Freiheit – das ist die Botschaft, die Hambach europaweit ausstrahlt. Und für die wir gerade als Rheinland-Pfälzer eintreten müssen!

Unser Bundesland liegt im Herzen Europas.

- Mit gemeinsamen Grenzen zu Frankreich, Luxemburg, Belgien,
- mit Partnerschaften nach Polen, Tschechien, Frankreich, Ruanda,
- mit zahlreichen Austauschprojekten, vielfältigen Begegnungen, zwischen Schülern und Studenten.

Zusammenhalt kann nicht auf dem Papier verordnet werden. Menschen müssen ihn leben, im Austausch, durch Nähe, um Verständnis und Freundschaft unter den Nationen zu fördern. Hier leisten rheinland-pfälzische Städte, Kommunen und Regionen, Bürgerinnen und Bürger, aktive Friedensarbeit, die jede Unterstützung verdient!

Partnerschaftlich verbunden – heißt aber nicht nur: – Partnerschaften von Gemeinden und Regionen, - Schüleraustausche - und Reisefreiheit. Partnerschaftlich verbunden heißt auch:

- Büchel
- Ramstein
- und nuklearer Schutzschirm

Die europäische Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten im Rahmen der Nato und die nukleare Teilhabe verschaffen Deutschland wie den übrigen Nato-Staaten ein hohes Maß an Sicherheit. Diese Tatsache gerät zuweilen in Vergessenheit. Umso wichtiger ist das Ziel einer vorgesehenen besseren Ausstattung der Bundeswehr, die Bundesregierung und Union gemeinsam verfolgen.

Partnerschaftlich verbunden – nicht nur zu unserem eigenen Schutz, sondern auch um Bedrängten zur Seite zu stehen, zu helfen, wenn es um Leben und Freiheit geht – das schließt ausdrücklich das gemeinsame europäische Vorgehen bei Waffenlieferungen für die Ukraine ein.

Anrede,

wir müssen der Ukraine alle Waffen liefern, die sie braucht, die sie in die Lage versetzen, dem russischem Einmarsch Einhalt zu gebieten.

Der Kampf der Ukrainerinnen und Ukrainer ist ein Kampf für die Freiheit – auch unserer Freiheit. Zugeständnisse an den Kreml führen dagegen zum Verlust von Freiheit, aber nicht zu mehr Sicherheit. Ein Zurückweichen des Westens würde sich nicht auszahlen, es wäre nur eine Ermunterung für Putin, weiterzumachen.

Anrede,

mordenden Despoten ist nicht mit Verhandlungen beizukommen! Deshalb brauchen die Ukrainer unsere Unterstützung zur Selbstverteidigung!

An dieser Stelle möchte ich den Bundesministern Annalena Baerbock und Robert Habeck meinen Respekt zollen, die Freiheit für nicht verhandelbar erklären, gegen Teile ihrer Partei für schnelle Waffenlieferungen eintreten und eine nukleare Teilhabe für unverzichtbar halten.[1] Sie haben verstanden: Der Gefahr einer atomaren Eskalation muss auch durch glaubwürdige Abschreckung begegnet werden. Ich wiederhole: Dies Haltung verdient Unterstützung!

Anrede,

für Frieden und Freiheit – dieser Titel der Aktuellen Debatte – darf keine Worthülse bleiben. Lassen Sie uns alle gemeinsam in den nächsten Wochen und Monaten die politische Stärke der Europäischen Union unter Beweis stellen.

Die Kraft dazu kommt von unten. Von den Bürgerinnen und Bürgern der europäischen Regionen. Und in Deutschland aus unseren Bundesländern.

[1] Bereits im Dezember 2021 hat die Bundesaußenministerin bei ihren Gesprächen mit NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg in Brüssel unterstrichen, dass wir NATO-Mitglied sind oder der nuklearen Teilhabe verpflichtet sind“. Und bei der Lieferung schwerer Waffen hat sie innerhalb der Bundesregierung immer wieder auf die Eilbedürftigkeit hingewiesen.